



Editorial



Peter Schallenberg

Die internationale Finanzmarktkrise genauso wie die Schuldenkrise im Euro-Raum und in den USA haben uns wieder in Erinnerung gerufen, dass die bloße Steigerung der auf dem Markt bewegten Kapital- und Gütermenge kein hinreichender Indikator für eine gute Wirtschaftsentwicklung ist. Das ist keine neue Erkenntnis. Die Aussagekraft einzelner Wirtschaftsdaten und -zahlen ist begrenzt. So steigert bekanntlich jeder Verkehrsunfall das Bruttoinlandsprodukt, aber niemand wird behaupten wollen, dass darin ein nicht nur quantitatives, sondern auch qualitatives Wirtschaftswachstum liegt. Und was im Kleinen stimmt, gilt auch im Großen: Ein auf soliden realwirtschaftlichen Leistungssteigerungen basierendes Wirtschaftswachstum ist von einer anderen Qualität als ein durch billiges Geld erzeugter Boom, dessen trügerischer Glanz in den derzeitigen Erschütterungen ganzer Volkswirtschaften entzaubert wird.

Schon aus volkswirtschaftlicher Sicht gilt also, was aus ethischer Perspektive immer wieder betont werden sollte: Wirtschaftswachstum muss nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gemessen und bewertet werden. Das ist auch eines der Hauptanliegen von Papst Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika *Caritas in Veritate*, wenn er von der Notwendigkeit eines ganzheitlichen Verständnisses von Entwicklung spricht. Damit erteilt der Heilige Vater dem in der Diskussion nach wie vor dominierenden reinen Ökonomismus und Institutionalismus eine klare Absage. Er betont, dass jede ökonomische Entwicklung, ja jede wirtschaftliche Handlungsentscheidung des Einzelnen eine moralische Qualität hat. Dass er damit

keineswegs als einsamer Rufer in der Wüste steht, zeigen die Beiträge zu dem Schwerpunktthema des vorliegenden Heftes. Auch in den Wirtschaftswissenschaften gibt es neuerdings einen Diskurs darüber, welche anderen Indikatoren als das Bruttoinlandsprodukt existieren, um den Wohlstand und die Lebensqualität in einer Volkswirtschaft zu bestimmen. Quantität ist ein mathematisches Kriterium, Qualität dagegen eine explizit ethische Kategorie.

Perspektivwechsel

Der Ökonomismus hat lange Zeit auch die sozialpolitische Diskussion beherrscht. Der paternalistische Wohlfahrtsstaat des letzten Jahrhunderts hat als nahezu einziges Mittel zur Lösung sozialer Probleme die Alimentierung von sozial Benachteiligten betrieben. Dieses System sozialstaatlicher Umverteilung stößt allerdings seit geraumer Zeit an seine Grenzen. Trotz eines in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegenen Sozialbudgets wachsen die sozialen Unterschiede, und die breite Mittelschicht, die das System finanziert, stöhnt unter der dadurch bedingten Steuer- und Abgabenbelastung.

Mit ihrem neuen Impulstext *Chancengerechte Gesellschaft* versucht die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz einen Beitrag dazu zu leisten, diesen gordischen Knoten der Sozialpolitik zu lösen. Vorgeschlagen wird ein Perspektivwechsel, in dem der einzelne Leistungsempfänger nicht mehr als Objekt staatlicher Fürsorge wahrgenommen wird, sondern als selbstverantwortliches Subjekt, das auf dem Weg subsidiärer staatlicher Hilfe wieder befähigt werden soll, seine Eigenverantwortung auch wahrzunehmen. Soziale Gerechtigkeit versteht das Papier daher nicht primär als am Ideal sozia-

ler Gleichheit orientierte Verteilungsgerechtigkeit, sondern als Chancen-, Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit. Wenn wir unsere Rede von der Menschenwürde und den Menschenrechten ernst meinen, müssen wir die Freiheit respektieren. Aber aus Freiheit wird – außerhalb des Gartens Eden – notwendigerweise immer ein gewisses Maß an Ungleichheit resultieren. Zugleich verpflichtet uns die Menschenwürde aber darauf, dass wir niemanden aus den zentralen Lebensvollzügen der Gesellschaft ausschließen. Inklusion statt Exklusion ist hier das entscheidende Stichwort.

Völlig zu Recht betont die Kommission die herausragende Bedeutung der Bildungspolitik, die sich aus einem solchen Verständnis sozialer Gerechtigkeit ergibt. Der umverteilende Sozialstaat hat jahrzehntelang die Bildungspolitik als vorsorgende Sozialpolitik vernachlässigt. Dabei sind Investitionen in Bildung oftmals der einzige Weg, Kinder aus sozial benachteiligten Schichten vor einer lebenslangen Abhängigkeit von sozialstaatlicher Alimentierung zu bewahren. Es bleibt zu hoffen, dass diese auch von der Politik inzwischen erkannte Aufgabe trotz enger werdender Spielräume der staatlichen Haushalte angegangen wird. Selbst ausgeprägte „Ökonomen“ sollten erkennen, dass die finanziellen Aufwendungen für bessere Bildung durch eine stattliche soziale Rendite mehr als ausgeglichen würden. Und aus Sicht der Sozialethik ist der Weg der Bildung letztlich immer der Weg einer ganzheitlichen Ausbildung der Person und ihrer unverwechselbaren Persönlichkeit: Ausbildung des Gottesebenbildes nennt das Meister Eckart, und das ist bis heute ein Markenzeichen der christlichen Sozialethik.

